

Wissenschaft, Gesellschaft und Parlamente

Die erste europäische Tagung der Ausschüsse und parlamentarischen Gremien für die Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen fand am 21. und 22. September 2008 in Paris statt.

Bei dieser ersten Tagung, die das Office parlementaire d'évaluation des choix scientifiques et technologiques (OPECST) im Rahmen der parlamentarischen Komponente der französischen EU-Ratspräsidentschaft organisierte, wurden zwei Themen behandelt:

- Rolle der Parlamente bei der Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen;
- Antwort der Parlamente auf die Fragen, die sich die Bürger im Hinblick auf die neuen Technologien stellen.



Diese von Claude Birraux, Abgeordneter und Vorsitzender des OPECST, eröffnete Tagung diente einem dreifachen Ziel:

↳ Betonung, dass die Parlamente die wissenschaftliche und technologische Dimension bei der Ausgestaltung der öffentlichen Politik stärker berücksichtigen müssen;

↳ Prüfung der Bedingungen, unter denen die Parlamente, die auf die Anliegen der Bürger eingehen, gleichzeitig aber auch den Wissenschaftlern wieder Vertrauen geben müssen, eine Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Wissenschaft bilden können;

↳ Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen den Parlamenten bei der Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Fragen.

Referate hielten József Pálinkas, Präsident der ungarischen Akademie der Wissenschaften, Philippe Busquin, Europaabgeordneter, Vorsit-

zender von STOA (*Scientific and Technology Options Assessment*, dem Dienst des Europäischen Parlaments zur wissenschaftlichen Beurteilung von technologischen Optionen), **Silvano Moffa**, italienischer Abgeordneter, Vertreter des VAST (*Comitato per la Valutazione delle Scelte Scientifiche e Tecnologiche*, Gremium der italienischen Abgeordnetenkammer), **Jyrki Kasvi**, finnischer Abgeordneter, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Zukunftsfragen des finnischen Parlaments, **Ulla Burchardt**, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages, sowie **Henri Revol**, Senator, erster stellvertretender Vorsitzender des OPECST, **Claude Saunier**, Senator, **Jean-Yves Le Déaut**, **Jean-Sébastien Vialatte** und **Alain Claeys**, Abgeordnete und Mitglieder des OPECST.

Diese Referate boten die Gelegenheit zu umfassenden Diskussionen, die das Bestreben

der Parlamentarier verdeutlichten, regelmäßig ihre jeweiligen Verfahren auszutauschen, die sehr vielfältig sind. Alle Teilnehmer, insbesondere die Vertreter der **neuen Mitgliedstaaten** wie Lettlands, Litauens, Polens, Rumäniens und der Slowakei, äußerten den Wunsch, sich stärker einzubringen und ihre Analysen regelmäßiger miteinander vergleichen zu können.

Raumfahrt, Mikro- und Nanoelektronik, Kernenergie, Informationstechnologien, medizinische Biotechnologien und Pflanzenbiotechnologien sowie Bioethik wurden als Beispiele bei den Ausführungen der Parlamentarier herangezogen, die die **Möglichkeiten unterstrichen, die der Vertrag von Lissabon zur Stärkung der Rolle der Parlamente** innerhalb der Europäischen Union bietet. Eingegangen wurde auch auf die Vertiefung des **Europäischen Forschungsraums** im Rahmen des Ljubljana-Prozesses, auf die Bedeutung der wissenschaftlichen und technologischen Ausbildung sowie auf die Kriterien zur Bewertung der Hochschulforschung bei internationalen Einstufungen.

In ihrer Schlussrede betonte **Valérie Pécresse, Ministerin für Hochschulwesen und Forschung**, die Notwendigkeit, auf die Fragen der Gesellschaft im Zusammenhang mit den wissenschaftlichen und technischen Fortschritten einzugehen, ohne allerdings auf die notwendigen Anstrengungen zu verzichten, sowie die wesentliche Rolle, die die Parlamente als neutrale und pluralistische Diskussionsforen, die es gewohnt sind zuzuhören und Beschlüsse zu fassen, in diesem Bereich spielen können.



Valérie Pécresse, Ministerin für Hochschulwesen und Forschung, zwischen Claude Birraux, Vorsitzender, und Henri Revol, erster stellvertretender Vorsitzender des OPECST

NOTWENDIGKEIT EINER PARLAMENTARISCHEN BEWERTUNG UND VIELFALT DEREN ZIELE

Die verschiedenen Redner unterstrichen den Nutzen der Arbeiten, die in den Parlamenten zur Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Fragen vorgenommen werden.

↳ Vor dem Hintergrund ständig zunehmender Stellungnahmen und Gutachten und in Anbetracht des Drucks verschiedener Interessengruppen benötigen die Parlamente **zuverlässige Informationen**, die sich auf zuvor überprüfte und sachgerecht zusammengestellte Erkenntnisse („*vorverdaut*“, „*metabolisiert*“) stützen.

↳ Die Umsetzung der **Lissabon-Strategie** erfordert nicht nur, dass der Begriff „langfristige Strategie“, die eine Gewähr für Stabilität ist, definiert wird, sondern dass auch die Mittel bereitgestellt werden, anhand derer die Parlamente die Möglichkeiten, die die neuen Technologien bieten, nutzen und den Einsatz einiger davon fördern können.

↳ Um den **Erwartungen der Bürger** gerecht zu werden, müssen die Parlamente in der Lage sein, die Folgen – ob positiv oder negativ – der entwickelten Technologien zu bewerten, da diese nicht nur wirtschaftliche und industrielle, sondern auch soziale, kulturelle und ethische Auswirkungen haben. Andernfalls können sie deren Potenzial nicht beurteilen und ggf. Alternativlösungen vorschlagen.

↳ Zur Wahrung und Vertiefung der **Werte**, die den europäischen Gesellschaften zugrunde liegen, bedarf es einer Bewertung der sozialen und menschlichen Auswirkungen der Technologien, die eine Anpassung der Rechtsvorschriften rechtfertigen könnten.

LEGITIMATION DER PARLAMENTARISCHEN BEWERTUNG

Dass die Mitwirkung der Parlamente an der Evaluierung wissenschaftlicher und technologischer Optionen legitim ist, wurde klar herausgestellt.

↳ Die Parlamente sind naturgemäß **pluralistische Diskussionsforen**, die die Vielfalt der Meinungen und die Redefreiheit garantieren und gegenüber der Gesellschaft und den Bürgern, die sie vertreten, offen sind. Dies verleiht ihren Beschlüssen wie auch ihren Bewertungen eine demokratische Legitimation.



Valérie Pécresse, Ministerin für Hochschulwesen und Forschung, zwischen Claude Birraux, Vorsitzender, und Henri Revol, erster stellvertretender Vorsitzender des OPECST

↳ Die vielfältigen Auswirkungen des Einsatzes bestimmter Techniken rechtfertigen es, dass pluralistische parlamentarische Gremien eine Bewertung vornehmen und diesbezüglich Beschlüsse fassen.

↳ Die ambivalenten Erwartungen der Bürger, die zwischen Streben nach Fortschritt und Angst vor den damit verbundenen Risiken schwanken, können den Gesetzgeber veranlassen, auf der Grundlage seiner Bewertungen angemessene Regulierungssysteme zu schaffen.

↳ Der Vertrag von Lissabon, der eine Stärkung der Rolle der Parlamente vorsieht, eröffnet eine neue Gelegenheit, das Demokratiedefizit zu beseitigen.

↳ Die parlamentarische Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen bietet den politisch Verantwortlichen eine Entscheidungshilfe. Valérie Pécresse, Ministerin für Hochschulwesen und Forschung, schlug daher vor, die Parlamente an der Erarbeitung der Vision 2020 für den Europäischen Forschungsraum zu beteiligen, mit der das Europa von morgen aufgebaut werden soll.

VIelfalt der parlamentarischen Bewertungssysteme

Wie Claude Birraux bei seiner Eröffnungsrede darlegte, war es nicht Ziel der Tagung, ein bestimmtes Modell durchzusetzen, sondern vielmehr „zu prüfen, wie die Legitimation der parlamentarischen Arbeit in einem Bereich, der lange Zeit den Experten vorbehalten war, gestärkt werden kann“.

Bei den Diskussionen zeigte sich die überaus große Vielfalt der bestehenden institutionellen Gremien, entsprechend den Traditionen und der Organisation eines jeden Parlaments.

↳ Nicht alle Parlamente verfügen über ein spezielles Gremium zur Evaluierung wissenschaftlicher und technologischer Fragen. In mehreren Parlamenten wird zurzeit aber über die Bedingungen nachgedacht, unter denen ein Gremium zur Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen eingerichtet werden könnte.

↳ Die Bewertungsgremien sind in die parlamentarischen Institutionen unterschiedlich integriert, im Hinblick auf die Mitwirkung der Parlamentarier an der Wahl und der Durchführung der Evaluierungen wie auch auf die Finanzierungsbedingungen, wenn externe Stellen mit den Studien beauftragt werden.

In Frankreich beispielsweise führen die Parlamentarier die Evaluierungen selbst durch und wirken somit direkt daran mit. Innerhalb des VAST der italienischen Abgeordnetenkammer spielen die Parlamentarier eine aktive Rolle und weigern sich, bloße Empfänger wissenschaftlicher Gutachten zu sein. Im Bundestag werden unabhängige Stellen mit den Studien beauftragt.

SCHAFFUNG VERTRAUENSvoller BEZIEHUNGEN ZU DER WISSENSCHAFTSGEMEINSCHAFT

Die verschiedenen Redner betonten, dass es von Nutzen sei, Kooperationen mit der Wissenschaftsgemeinschaft zu begründen, insbesondere mit den Akademien der Wissenschaften, aber auch mit den Universitäten, dem Privatsektor und den Forschungsinstituten.

Diese Zusammenarbeit kann sehr unterschiedliche Formen annehmen: institutionelle Beziehungen mit Akademien der Wissenschaften, wie etwa in Ungarn, Anhörungen, Abhaltung von

thematischen Seminaren und Workshops, Gespräche mit Experten, die mit Studien beauftragt wurden, sowie Besuche in Laboratorien.

Wie im Vereinigten Königreich und in Frankreich, wo die Parlamente eine **Partnerschaft** jeweils mit der britischen Royal Society und der französischen Akademie der Wissenschaften eingegangen sind, hat STOA ein System von Partnerschaften geschaffen, das einen privilegierten Kontakt zwischen Europaabgeordneten und Wissenschaftlern ermöglicht.

Besonderes Merkmal des OPECST ist, dass es über einen **Wissenschaftsrat** verfügt. Außerdem bilden seine Berichterstatter, die aus den Reihen der ihm angehörenden Parlamentarier benannt werden, einen **Lenkungsausschuss**, der sie bei ihren Bewertungen unterstützt.

Im Gegensatz zum VAST, der eine rein parlamentarische Rolle spielt und somit ein „*Bindeglied zwischen dem Parlament und den Forschern, Wissenschaftlern, Unternehmen oder Instituten*“ darstellt, und zum OPECST, das eine „*Schnittstelle*“ zwischen dem französischen Parlament und der Wissenschaftsgemeinschaft bildet, indem es als „*Sprachrohr der Wissenschaftler gegenüber den Bürgern und der Bürger gegenüber den Wissenschaftlern*“ fungiert, ist die Organisation der privilegierten Beziehungen zu der Welt der Forschung kein besonderes Merkmal der parlamentarischen Gremien, die in den anderen Ländern mit der Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen beauftragt sind.

WIE KANN DER AUSTAUSCH ZWISCHEN DEN PARLAMENTEN ORGANISIERT WERDEN?

Bekräftigt wurde die Notwendigkeit eines regel-

mäßigen Austausches zwischen den Parlamenten, um zum einen die Erkenntnisse anderer Parlamente im Hinblick auf Themen wie Kernenergie oder Regulierung neuer Technologien zu nutzen und zum anderen die nationalen Strategien der öffentlichen Hand bei wissenschaftlichen oder technologischen Fragen kohärenter zu gestalten.

Mehrere Ansätze wurden aufgezeigt:

- ↳ Eine möglichst systematische Organisation von **Besuchen in anderen Mitgliedstaaten**;

- ↳ Herstellung **bilateraler oder multilateraler** Beziehungen zu anderen Gremien;

- ↳ Einrichtung eines **Netzwerks**.

Der letzte Ansatz bot Anlass zu einer interessanten Diskussion zwischen den einzelnen Teilnehmern über:

- ↳ Die Rolle des **EPTA** (*European Parliamentary Technology Assessment network*), dem sehr unterschiedliche Gremien angehören, dessen parlamentarische Dimension, insbesondere aufgrund seiner Funktionsweise und der vom ihm behandelten Themen aber unzulänglich ist;

- ↳ Die Errichtung eines **interparlamentarischen Netzwerks**, das die Organisation von Diskussionen zwischen den Parlamentariern und einen Informationsaustausch über die parlamentarischen Arbeiten ermöglicht;

- ↳ Die Einrichtung eines **transnationalen Netzwerkes** im Rahmen des Europäischen Forschungsraums, das die Zusammenarbeit zwischen den mit der Evaluierung beauftragten Experten zu fördern hat, um einen europäischen Raum für die Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen zu schaffen.



Abschlussklärung

DIE VORSITZENDEN DER IN EUROPA MIT DER BEWERTUNG WISSENSCHAFTLICHER UND TECHNOLOGISCHER OPTIONEN BEAUFTRAGTEN PARLAMENTARISCHEN AUSSCHÜSSE UND GREMIEN, DIE AM 22. SEPTEMBER 2008 IN PARIS IN DER NATIONALVERSAMMLUNG ZUSAMMENGEKOMMEN SIND:

1. BEKUNDEN IHR VERTRAUEN IN DIE WISSENSCHAFT UND DIE TECHNOLOGIE IM HINBLICK AUF DEN BEITRAG, DEN SIE ZU DEN FORTSCHRITTEN IN DEN EUROPÄISCHEN GESELLSCHAFTEN LEISTEN KÖNNEN. WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE, DIE DANK EINER VERANTWORTUNGSVOLLEN POLITIK EINE ORIENTIERUNGSHILFE ERHALTEN UND BEWERTET WERDEN, GARANTIEREN EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG AUF WIRTSCHAFTLICHER, SOZIALER, KULTURELLER UND ÖKOLOGISCHER EBENE IN EUROPA UND IN DER GESAMTEN WELT.
2. BEKRÄFTIGEN DIE WICHTIGE ROLLE, DIE DIE PARLAMENTE BEI DER AUSRICHTUNG UND BEWERTUNG DER POLITIK DER ÖFFENTLICHEN HAND IM BEREICH VON WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE SPIELEN. ALS AUSDRUCK DER POLITISCHEN SOUVERÄNITÄT UND ORT DER EVALUIERUNG UND DER DISKUSSION SIND DIE PARLAMENTE DAZU BERUFEN, AUF DIESEM GEBIET EINE HERAUSRAGENDE ROLLE ZU SPIELEN.
3. BETONEN DIE NOTWENDIGKEIT, DASS DIE PARLAMENTE EINEN AKTIVEN BEITRAG ZUR STÄRKUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN UND TECHNISCHEN AUSBILDUNG UND ZU DEN DISKUSSIONEN DER BÜRGER ÜBER DEN PLATZ VON WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE IN DER GESELLSCHAFT LEISTEN. DIESER BEITRAG ZU DEN DISKUSSIONEN WIRD IN DEN EINZELNEN LÄNDERN IN DER FORM GELEISTET, DIE SIE FÜR AM ZWECKMÄSSIGSTEN HALTEN, MUSS ABER DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE SACHLICHE UND NÜCHTERNE DEBATTE ZWISCHEN EXPERTEN, BÜRGERN UND GEWÄHLTEN VOLKSVERTRETERN SCHAFFEN.
4. WÜNSCHEN, DASS DIE NATIONALEN PARLAMENTE UND DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT IHRE BEWERTUNGSMETHODEN REGELMÄSSIG MITEINANDER VERGLEICHEN KÖNNEN, UND MÖCHTEN EIN NETZWERK EINRICHTEN, DAS IHNEN DEN AUSTAUSCH IHRER BEWERTUNGSERGEBNISSE ERLEICHTERT UND MIT DEM SIE DIE INITIATIVEN, DIE DER STÄRKUNG DER TECHNOLOGISCHEN EVALUIERUNG IN DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DIENEN, UNTERSTÜTZEN KÖNNEN, UND DIE PARLAMENTARISCHE DIMENSION DES EPTA (EUROPEAN PARLIAMENTARY TECHNOLOGY ASSESSMENT) STÄRKEN.
5. FORDERN DIE EUROPÄISCHE UNION, DIE EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSMINISTER UND DIE PARLAMENTE AUF, IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUMS DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE EUROPÄISCHE DYNAMIK IM BEREICH VON WISSENSCHAFT UND INNOVATION ZU SCHAFFEN DURCH DIE STÄRKUNG VON SYNERGIEN, DIE ERLEICHTERUNG FORMALER VERFAHRENSERFORDERNISSE UND DIE SCHAFFUNG EINES ANGEMESSENEN FINANZIERUNGSMCHANISMUS, UM INNOVATIVE JUNGE UNTERNEHMEN UND DEN TECHNOLOGIETRANSFER ZU FÖRDERN.

Oktober 2008